

11./XII. 1917

(Bürgermeister Dr. Weiskirchner über aktuelle Fragen.) In einer Versammlung des christlichsozialen Wählervereines in Dornals sprach gestern Bürgermeister Dr. Weiskirchner über aktuelle Angelegenheiten, von denen die Ausführungen über die Gestaltung des Verkehrsproblems in Wien von besonderem Interesse sind. Zunächst verwies der Bürgermeister auf die Ernährungskonferenz und besprach die Versorgung der Stadt Wien, insbesondere mit Kohle und Kartoffeln, welche letztere verhältnismäßig befriedigend sei, so daß mit einer Rapsquote von einhalb Kilogramm während des Winters sicher gerechnet werden könne. Das Programm Dr. Zuegers hinsichtlich der Kommunalisierung der Betriebe zur Erzeugung von Licht und Kraft habe sich in jeder Hinsicht bewährt und bis zum Kriege die Bevölkerung vor der Erhöhung der städtischen Steuerzuschläge bewahrt. Im Kriege seien die Kohlepreise und die Frachttarife gestiegen und im Parlament werden Steuervorschläge erörtert, welche die von den städtischen Werken zu entrichtende Steuer von 800.000 Kronen auf drei Millionen Kronen hinausschrauben sollen. In Deutschland sei bereits eine Kohlensteuer eingeführt, welches Beispiel in Oesterreich vielleicht nachgeahmt werden wird. Er wolle daher heute schon gegen eine Besteuerung der zur Gaszerzeugung dienenden Kohle Stellung nehmen. Sozialpolitische Gründe fordern die Ausdehnung des Gasverbrauches im Haushalt und in den gewerblichen Betrieben. Das Kochen mit Gas verbillige die Kosten des Haushaltes, spare Zeit und sei viel reinlicher als die Kohlenfeuerung. In gewerblichen Betrieben werde die Arbeit durch die Gasmotoren erleichtert, die Arbeitsmethode und das Erzeugnis verbessert. In hygienischer Beziehung bedeute jede Steigerung der Gasverwendung die wirksamste Bekämpfung der Rauch- und Rußplage und damit die Beseitigung der Gesundheits- und Sachschäden der Großstadt. Wenn aus diesen so wichtigen Gründen die Erhöhung des Gasverbrauches angestrebt werde, so sei eine namhafte Erhöhung der Gaspreise damit nicht vereinbar. Die Regierung sollte daher im eminenten volkswirtschaftlichen Interesse die Gaszerzeugung in den Gemeinbetrieblichen fördern und dies könnte durch eine begünstigende Ausnahmestellung im Falle der Kohlensteuer geschehen, was in Deutschland verabsäumt wurde. Ähnlich liegen die Verhältnisse im städtischen Elektrizitätswerk. Die Erhöhung der Strompreise müßte naturgemäß eine Erhöhung der Straßenbahntarife nach sich ziehen. Der Bürgermeister bezeichnete in seinen weiteren Ausführungen die Elektrifizierung der Stadtbahn und die Uebernahme des Betriebes in die Verwaltung der Stadt als unerlässlich, dann müsse der Bau von Untergrundbahnen zur Unterstützung einer weltausgreifenden Wohnungs- und Beschäftigungspolitik in Angriff genommen werden. Der Bürgermeister erklärte, er strebe ein städtisches Verkehrsmonopol an, das den Interessen der Stadt und ihrer Bevölkerung zu dienen habe. Auch die Untergrundbahnen werden am Anfang nicht rentabel sein, sie werden aber die Größe der Stadt und ihrer Weiterentwicklung dienen. Er wisse sehr wohl, daß diese Pläne nicht von heute auf morgen erfüllt werden können, aber jetzt schon vorbereitet werden müssen, soll nicht wieder zu spät gekommen werden. Mit einem Appell, der Gemeindeverwaltung auch weiterhin das volle Vertrauen zu schenken, schloß der Bürgermeister seine Rede.